

## **Eine andere Globalisierung - durch Regionalisierung der Märkte**

**von Jochen Schemel zum Treffen des AK Grundlagen am 2. Juni 2010**

Viele Leute meinen, die wirtschaftliche Globalisierung (weltweit offene Finanz-, Güter- Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte) könne global gesteuert werden. Im folgenden Diskussionspapier wird dazu zunächst eine Gegenposition bezogen und sodann das Konzept der Regionalisierung skizziert, in dem die Steuerung nach dem Subsidiaritätsprinzip erfolgt, also auf alle Entscheidungsebenen (von der lokalen Ebene über regionale Ebenen bis hin zur globalen Ebene) verteilt ist. Der folgende Text ist Teil eines Entwurfs zum Selbstverständnis von Attac. Auf der Basis einer fundierten Diskussion kann dieser Entwurf weiterentwickelt werden.

### **1. Globale Steuerung**

#### **Kann die weltweite Wirtschaft auf globaler Ebene sozial gestaltet werden?**

Es kursieren Vorschläge eines neuen Ordnungsrahmens für den Weltmarkt, die globalen Institutionen die Verantwortung für die Gestaltung und Überwachung einer notwendigen Wettbewerbsordnung für die globalen Märkte übertragen wollen („global governance“, „Weltinnenpolitik“).

Wie schwer es ist, sich in global brennenden Fragen weltweit zu einigen, hat die gescheiterte Klimakonferenz in Kopenhagen erneut gezeigt – und nicht nur diese.

Einige globale Probleme (dazu gehört auch das Artensterben) müssen global angegangen werden und dafür müssen die Kompetenzen und Mittel der UNO wirksam erweitert werden.

Es mag zum Beispiel möglich sein, sich weltweit auf einige notwendige Minimalregeln für den Finanzmarkt zu einigen. Jedoch wäre es eine Illusion zu glauben, dass Staaten mit sehr unterschiedlichem Produktivitäts- und Wohlstandsniveau global einheitliche Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft festlegen werden, etwa gemeinsame Mindestlöhne und Steuersätze, um zu verhindern, dass renditehungriges Kapital in die Länder mit den geringsten Sozial- und Ökostandards ausweichen kann. Und Entwicklungsländern wird nicht zugestanden werden, dass sie sich vor dem massenhaften Import von Industriegütern mit Hilfe wirksamer Zölle schützen, um der eigenen Wirtschaft eine Entwicklungschance zu geben.

**These: Die sehr unterschiedlichen Interessenlagen der armen und reichen Länder lassen sich bei offenen Märkten von einer zentralen Instanz nicht unter einen Hut bringen.**

Und selbst wenn dies gelänge, so würden auf globaler Ebene Expertengremien über das wirtschaftliche Schicksal der Menschen in allen Ländern der Erde bestimmen. Die Entscheidungsprozesse von global agierenden Institutionen wären durch demokratisch gewählte Regierungen der einzelnen Länder nicht mehr kontrollierbar und beeinflussbar. **Die Entscheidungsbefugnis globaler Institutionen würde die demokratisch organisierte Verantwortlichkeit der Menschen für ihr eigenes Leben ad absurdum führen.**

Eine globale Zentralisierung fundamental wichtiger Entscheidungsbefugnisse ist der falsche Weg. Der Weg in die umgekehrte Richtung führt in eine menschenwürdige Zukunft.

Und welche Alternative sieht ATTAC?

## 2. Dezentrale Steuerung auf lokaler, regionaler und globaler Ebene („Regionalisierungskonzept“)

Die wichtigsten **Ziele**, die mit einer neuen Weltwirtschaftsordnung verfolgt werden:

- Das Recht aller Menschen auf Teilnahme und Teilhabe am Wirtschaftsleben (Vollbeschäftigung und ein menschenwürdiges Einkommen aus Erwerbsarbeit)
- Eine Überwindung der Spaltung der Gesellschaft in begünstigte Kapitaleigner und „Verlierer“ der herrschenden Verhältnisse.
- Ein nachhaltiger Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen (Stop dem Klimawandel und dem Artensterben)

Diese Ziele werden zwar auch in den Wahlreden der im Bundestag vertretenen Parteien vertreten, jedoch wird verschwiegen, dass die Politik gegenüber den Vertretern der Wirtschaft ohnmächtig geworden ist – und daher diese Ziele unerreichbar geworden sind. Denn bei geöffneten Finanz- und Gütermärkten können die Unternehmen jedes Gesetz, das ihnen wehtut, mit dem Argument abblocken, dass damit ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren gehe und der „Wirtschaftsstandort Deutschland“ geschwächt werde (mit der Folge von noch mehr Arbeitslosigkeit).

Die gravierend negativen Entwicklungen der neoliberalen Globalisierung gehen zu Lasten der Bevölkerung nicht nur der Entwicklungsländer, sondern auch der Industrie- und Schwellenländer. Daher wendet sich Attac gegen die Deregulierung des Kapitalmarktes und gegen die Liberalisierung (globale Öffnung) der Märkte für Güter und Dienstleistungen. **Der zerstörerische Orkan des internationalen Standortwettbewerbs muss sich wandeln in einen Wind, der den Wettbewerb auf regionalen Binnenmärkten belebt.**

Der **Grundgedanke des Regionalisierungskonzepts** lässt sich in folgendem Vergleich (Bild) beschreiben: Der Markt (das Agieren der Wirtschaftsunternehmen nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage) gleicht einem Wildpferd, das gezügelt werden muss, um nützliche Arbeit verrichten zu können. Eine Zähmung des Wildpferdes in der offenen Prärie (offene Märkte) ist nicht möglich. Nur innerhalb eines Gatters lässt sich das Wildpferd zureiten – ohne Gatter flieht es (wie das flüchtige Kapital) und entzieht sich dem Zugriff des Z Reiters (Politik in einem Staat oder Staatenbund, dessen demokratisch beschlossene Gesetze nur in dem entsprechenden Hoheitsgebiet gelten).

Eine (Groß-) Region mit reguliertem Außenhandel (der Abschied vom neoliberalen Freihandel) ist also die Voraussetzung dafür, dass wirksame soziale und ökologische Gesetze erlassen werden, die unter den Bedingungen des internationalen Wettbewerbs (offene Märkte) scheitern würden. Vollbeschäftigung und Mindestlöhne, von denen man gut leben kann, sind nur möglich, wenn die entsprechenden Gesetze nicht zur Folge haben, dass die unter internationalem Konkurrenzdruck stehenden Unternehmen in Länder mit billigen Löhnen und niedrigen Steuern ausweichen.

**Mit der Regionalisierung allein ist noch nicht viel gewonnen. Mit ihr sind erst die Voraussetzungen geschaffen, dass mit demokratischer Politik die zentralen Probleme gelöst werden können** – auch wenn die Problemlösung von der Wirtschaftselite abgelehnt wird. Welche sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden müssen, damit die Unternehmen in den Dienst an der Gesellschaft gestellt werden können, muss im

demokratischen Meinungskampf politisch ausgefochten werden. Ohne das Sachzwangargument des internationalen Wettbewerbs ist es dann möglich, den technischen Fortschritt für das Wohl aller Menschen einzusetzen – statt nur eine kleine Gruppe von Reichen immer reicher und mächtiger werden zu lassen.

Wir brauchen eine Wirtschaft, die in erster Linie die Nachfrage des Binnenmarktes bedient. **Wir brauchen überschaubare Wirtschaftskreisläufe, die sich auf wirtschaftsstrukturelle Vielfalt stützen bzw. diese Vielfalt schaffen.** Wir brauchen diese Vielfalt an Branchen, die uns durch die Globalisierung der Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen verloren gegangen ist.

Der Außenhandel darf nicht die Bedeutung haben, die er bei uns zurzeit hat und die uns von ihm abhängig macht. Der Außenhandel muss durch Zölle, Kontingente und Kapitalverkehrsregeln politisch gesteuert werden – immer mit dem Ziel, die Vielfalt unserer Wirtschaftsstruktur wieder zu gewinnen und zu erhalten. So wird Vollbeschäftigung wieder möglich, wie wir sie in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts schon hatten - das war vor dem massiven Einsetzen der neoliberalen Globalisierung.

Nach dem Konzept der Regionalisierung sollen Großregionen entstehen, zum Beispiel der Zusammenschluss mehrerer Länder mit relativ homogenem Produktivitätsniveau wie in Teilen der EU. In solchen Großregionen, die einheitliche gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, können die Wirtschaftsunternehmen wieder einer Kontrolle durch die Politik unterworfen werden. Unsere Politiker können dann nicht mehr von der Wirtschaftselite wie Ochsen am Nasenring geführt werden. Die demokratisch beschlossenen Gesetze müssen die Unternehmen wieder binden können. Wenn es in der EU nicht möglich ist, einheitliche Steuern sowie soziale und ökologische Standards als verbindliche Rahmenbedingung für den Wettbewerb der Wirtschaftsunternehmen zu setzen, dann müssen sich solche EU-Länder zusammenschließen, die dazu in der Lage sind. Der Binnenmarkt muss groß genug sein, um einen Markt für technisch aufwendige Produkte (wie Autos, Spezialmaschinen, Forschungsanlagen etc.) zu bieten und sich von global agierenden Konzernen unabhängig zu machen.

Über ihre Grenzen hinweg sollen die Großregionen (mit je eigener Währung) weiter miteinander Handel treiben können – aber nicht mehr nur nach den Gesetzen des Marktes, sondern nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, also politisch gesteuert mit Hilfe zum Beispiel von Zöllen, Kontingenten und Kapitalverkehrsregeln.

Industriepolitik und andere wirksame Maßnahmen zur Erhaltung einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur in allen Landesteilen müssen für jede Region möglich sein.

Die Entscheidungen sollen möglichst **dezentral nach dem Prinzip der Subsidiarität** gefällt werden, also auf möglichst unterer Ebene: je nach dem, um was es geht, sind die Kommunen (Kleinregionen) oder die Regierungen auf Länder oder Staatsebene (Mittelregionen) oder eine Staatengemeinschaft wie die EU oder Teile davon (Großregionen) zuständig, letztlich auch global autorisierte Institutionen wie die UNO.

Ziel ist, dass die Wirtschaft wieder eine Ordnung erhält, die eine **Vielfalt in der Wirtschaftsstruktur** sicherstellt und schützt: alle Wirtschaftsbranchen sollen erhalten bleiben bzw. wieder neu entstehen. Auch wenn die Effizienz der Wirtschaft geringer ist, so wird doch die Lebensqualität der Bevölkerung deutlich steigen. Der Wachstumszwang entfällt. Vollbeschäftigung ist machbar. Der Klimawandel kann auf politischem Wege gestoppt werden.

Das Konzept der Subsidiarität bezogen auf die Wirtschaft bedeutet: so viele Belange wie möglich (gemessen an der lokalen Verantwortung und Kompetenz) sollen auf der kommunalen Ebene gefällt werden, wie es z.B. mit den Sparkassen praktiziert wurde, bevor sie über die Landesbanken auf den internationalen Finanzmärkten mitmischen wollten. Auch andere auf Gemeinschaftsgüter bezogene Unternehmen und Institutionen sollten entweder in der Hand oder zumindest in der Verantwortung von Kommunen liegen, zum Beispiel Unternehmen der Wasser- und der Energieversorgung, Krankenhäuser und Bildungseinrichtungen sowie Unternehmen der lokalen/ regionalen Mobilität. Andere Entscheidungen, die größere Räume einbeziehen müssen, z.B. der Fernstraßenbau oder die Bahn, müssen auf nationaler Ebene gefällt werden. Zölle, Kontingente und Kapitalverkehrsregeln, die den EU-Binnenmarkt schützen sollen, sind Aufgaben der Großregion wie der EU oder eines kleineren Zusammenschlusses von Ländern. Die Entscheidungen zur Steuerung des Außenhandels sollten im Einvernehmen mit den davon betroffenen Regionen getroffen werden.

Das folgende lange Zitat, das die **Bedeutung von lokalen Gemeinschaften** (also der kleinen Region, hier nicht der Großregion) betont, stammt aus der Zeitschrift „Sand im Getriebe“ Nr. 79, S. 17: *“Die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereiche sind eng miteinander verflochten. Eine schlüssige Strategie muss daher alle diese Gebiete ins Auge fassen... Ein Gesichtspunkt dieses Konzepts ist die Wiederherstellung von lokalen Gemeinschaften als grundlegender sozialer, politischer und wirtschaftlicher Einheit statt einer Ausrichtung am Weltmarkt. Sozialer Zusammenhalt, demokratische Teilhabe, ökonomische und ökologische Verantwortung können nur erreicht werden, indem der Prozess der Entscheidungsbildung auf die unterste angemessene Ebene zurück verwiesen wird. Dies ist eine grundlegende Lehre, die uns ethnische Kulturen und lokale Gemeinschaften zuteil werden lassen. Ein an lokalen Gemeinschaften orientierter Ansatz steht jedoch nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit von weitgehender internationaler Kooperation.*

*Ganz im Gegensatz dazu wird es starker Bündnisse innerhalb und jenseits aller Grenzen zwischen direkten Produzenten in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Industrie bedürfen. Bündnisse, die auch die Stärke des Gedankens der Gleichheit zwischen den Geschlechtern nutzen und die ungerechte Machtbeziehungen auf allen Ebenen sowohl erkennen als auch überwinden. Dies schließt ebenfalls die Notwendigkeit von Abkommen zur stärkeren regionalen und internationalen Zusammenarbeit ein, um allgemeine und anteilig genutzte Ressourcen wie etwa grenzüberschreitende Wasserressourcen zu verwalten. Ferner wird die internationale Zusammenarbeit den entwickelten gegenseitigen Austausch von Ideen, Technologien und Kenntnissen über alle Grenzen hinweg fördern, wie auch einen auf gegenseitigen Respekt gegründeten offenen Dialog zwischen verschiedenen Kulturen.“*

Zitat: Systemwechsel statt Klimawandel - Die Erklärung vom Klimaforum09 - Unterschrieben von ca. 500 Organisationen, darunter: ATTAC Dänemark, Attac Deutschland, ATTAC Finnland, ATTAC Flandern (Belgien), ATTAC Frankreich, ATTAC Italien, ATTAC Japan, ATTAC Österreich, ATTAC Polen, ATTAC Spanien, ATTAC Schweden, ATTAC Togo, Sozialforum Österreich, Focus on the Global South, Jubilee South, TNI, ...

### **3. Schlussbemerkung zur Umsetzung des Konzepts**

Das Konzept der Regionalisierung wird nicht leicht umsetzbar sein. Angesichts des Versagens des neoliberalen Konzepts müssen wir ernsthaft nach Alternativen suchen – auch wenn diese Alternative mit erheblichen „Geburtsschmerzen“

verbunden sein wird. Die Regionalisierung ist nur der grobe strategische Rahmen, innerhalb dessen viele sinnvolle Einzelmaßnahmen ergriffen werden können und müssen, die in die „richtige Richtung“ weisen. Es macht eben einen Unterschied, ob mit einer Maßnahme lediglich die (angebliche) Funktionsfähigkeit der neoliberalen Globalisierung abgesichert wird, oder ob eine Maßnahme ein **Schritt in Richtung Regionalisierung** bedeutet. Beispiele: Schritte zur Privatisierung von Gemeinschaftsgütern und zur Förderung des Freihandels ( sog. „Abbau von Handelshindernissen“) gehen in die falsche Richtung. Die Schließung von Steueroasen, das Zerschlagen „systemrelevanter“ Banken und sonstiger privater Finanzjongleure sowie die Besteuerung von Finanztransaktionen gehen in die richtige Richtung.

Die Alternative der regionalisierten (anstelle der neoliberalen) Globalisierung ist als **Vision** zu verstehen – und diese Vision (eine Gestalt der Zukunft noch ohne Details) soll hinsichtlich ihrer Stimmigkeit kritisch unter die Lupe genommen werden. Erst ein stimmiges Konzept kann überzeugen. Zur Prüfung der Stimmigkeit gehört, dass die Vor- und Nachteile der Regionalisierung verglichen werden mit den Vor- und Nachteilen der herrschenden neoliberalen Wirtschaftsordnung mit weltweit unregelter Arbeitsteilung und der Entmachtung der Staaten (Stichworte: Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung).

Erst wenn die Vorteile der Regionalisierung als groß genug gesehen werden (und die Nachteile der herrschenden Wirtschaftsordnung als unerträglich und innerhalb dieser Ordnung als unüberwindbar), kann erwartet werden, dass sich das Konzept der Regionalisierung im politischen Diskurs durchsetzt und der mühselige Weg zu ihrer **schrittweisen Realisierung** gegangen wird.